

Moskau-Belgrad : die Hintergründe

Autor(en): **Fischer, Alfred Joachim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336003>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Moskau—Belgrad / Die Hintergründe

Wien, im August 1948

I.

In seiner Juniresolution hatte das Kominform der jugoslawischen Kommunistischen Partei (wörtlich) einen Sündenfall vorgeworfen. Zum zweitenmal war die KPJ ausgeschlossen worden. Damit folgte das Kominform der Vorkriegskomintern-Tradition. Damals wie heute warf man den Kommunisten Jugoslawiens vor, unorthodoxe Marxisten zu sein. Erst Tito, der nunmehr mit dem Bannfluch Belegte, baute wieder stabile Brücken zwischen Südslawen und Moskau. Er galt als gläubigster Anhänger des Lenin-Stalinistischen Glaubens. Heute gehört der gleiche Tito zu den Ketzern.

In Prag und Budapest kam die Veröffentlichung der Anklageschrift nicht als Überraschung. Ganz anders war ihre Wirkung auf die Jugoslawen selbst. In der Schweiz unterhielt ich mich, unmittelbar nachdem die Bombe geplatzt war, mit Mitgliedern der jugoslawischen Delegation zum Jüdischen Weltkongreß und mit Angehörigen der Berner Gesandtschaft. Sie waren in vollkommener Verwirrung. Niemand hatte auch nur die leiseste Idee von den wahren Ursachen des Konfliktes, noch weniger von dem, was dahinterstand. Ausnahmslos empfanden sie dieses Ereignis wie einen Angsttraum, aus dem man jeden Augenblick erwachen mußte. Sofort beobachtete ich Mißtrauen gegen kleinere Nachbarstaaten, wie Albanien und Bulgarien. Hingegen wollte niemand an ein Zerwürfnis mit der Sowjetunion glauben; man hoffte noch zuversichtlich auf eine Aufklärung des «Irrtums».

Späterhin mußte man sich dann wohl oder übel an das Faktum einer ersten Moskau-Belgrader Krise gewöhnen. Aber selbst dann – und ich sprach in Bern nur mit erprobten Parteikommunisten – wurde kein Vorwurf gegen Marschall Tito laut. Eifrig suchte man nach einem Ausweg, in Stalin weiter den Kündler und in Josip Broz das lebende Idol zu sehen – eine Synthese, die nur noch sehr schwer glücken will.

Ich erwähne diese Stimmungsmomente, weil sie politisch sehr wesentlich sind. Nach jedem Systemwechsel im Balkan – zuletzt bei König Michaels Rücktritt – kam es sonst zu regelrechten Botschafts- und Gesandtschaftskrisen. Es hagelte Rücktritte. Hätte der jugoslawische Kommunist die These vom größeren kommunistischen Vaterland innerlich bejaht, dann würde ihm im Ausland die Möglichkeit geboten worden sein, das offen auszusprechen

und Konsequenzen zu ziehen. OZNA-Terror reicht bestimmt nicht bis nach London, Washington, Paris oder Bern. In Moskau und in den Volksdemokratien aber wäre ein abtrünniger Tito-Kommunist sogar zum Glaubenshelden geworden. Tatsächlich aber hat nur ein einziger höherer Diplomat, der jugoslawische Botschafter in Rumänien, Goljubovič, mit dem Marschall gebrochen – als Protest gegen ihn und als Sympathiekundgebung für das Kominform.

Daraus läßt sich schließen, wieviel stärker noch die Position Josip Broz' im Inneren sein muß, wo ihm ein riesiger Propagandaapparat zur Verfügung steht und von außen nur kontrollierte Stimmen eindringen dürfen.

Einige große Zeitungen hatten davon gefaselt, Tito hätte die Absicht gehabt, Nachfolger Stalins zu werden, und sei darum in Acht und Bann getan worden. Diese Nachricht entbehrt genau so jeder Grundlage wie jene Phantastereien, die aus dem kroatischen Bauernjungen einen nicht einmal die Landessprache beherrschenden Russen machen wollten, dessen Biographie nur eine Tarnung sei. Hingegen sollte eine andere Absicht des jugoslawischen Marschalls nicht so ganz von der Hand gewiesen werden, nämlich die, sich selbst zum Balkan-Stalin zu machen.

Somit sind wir bereits beim wirklichen Konfliktstoff angelangt, wenn er auch in der Anklageschrift ziemlich diskret, zwischen den Zeilen, behandelt wird. Tito ist nicht nur Spanienkämpfer und Freiheitsheld, nicht nur Organisator einer bewunderungswürdigen illegalen Armee, vielmehr auch Muster-schüler des Moskauer Karl-Marx-Institutes, also der Lehranstalt für politische Führer und marxistische Revolutionäre. Er kennt die bolschewistischen Lehren und Theorien wie kein anderer und lebte Jahrzehnte danach. Ohne diese Gefolgschaftstreue wäre ihm von Marschall Shdanow, dem heutigen Hauptgegner im Kominform, nicht die Gründung der Befreiungsarmee anvertraut worden. Dennoch ließ sich auch in Josip Broz jener Individualismus nie ganz abtöten, der zum kroatischen Wesen gehört. Ihm war wohl bekannt, daß die Auslegungen des Kommunismus nur *eine* Außenpolitik zulassen – nämlich die sowjetrussische, beziehungsweise für Sowjetrußland nützliche. «Kein Nationalismus ohne oder gegen Rußland.» Tito aber setzte sich über solche Prinzipien hinweg. Er war jugoslawischer Nationalist – mit Rußland, aber oft gegen russische Interessen und damit im weiteren Sinne auch gegen Rußland.

Diesen ewigen Partisanen düsterte es nach Siegesfrüchten, und er entließ die Russen nicht aus ihrer einmal begonnenen Rolle der großen Protektoren. Für Moskau war Triest kein Kardinalpunkt. Dennoch blieb es während der Friedenskonferenz im Jahre 1946 Stein des Anstoßes. Triest

brachte nicht nur unerwünschte internationale Komplikationen und eine Vergrößerung der Gegensätze zu den angelsächsischen Mächten. Darüber hinaus verlor Togliatti seine Wahlschlacht nicht zuletzt wegen dieser jugoslawischen Unnachgiebigkeit, die von den Russen gedeckt wurde, was anti-russische und antikommunistische Parolen populär machte. Südkärnten ist ein paralleler Fall. Bis heute steht es einem Staatsvertrag für Österreich im Wege. Rußland ist sicherlich nicht an seinem raschen Abschluß vital interessiert. Hingegen bemerkt es bestimmt, daß die Kärntner Frage antirussische Gefühle im Herzland Europas versteifte, prowestliche entsprechend vervielfachte und die schon vorher kleine Kommunistische Partei Österreichs noch weiter dezimierte. Solche nationalistische Linien lassen sich noch weiter verfolgen. Marschall Titos Stellvertreter Kardelj sprach Rakosi, der 15 Jahre im Horthy-Kerker gesessen hatte, das Recht auf Kritik ab, weil Horthy-Ungarn auf Deutschlands Seite gekämpft hatte. Togliatti wurde zum «kleinbürgerlichen Imperialisten» gestempelt. Er hatte es abgelehnt, sich offen für die Abtretung Triests an Jugoslawien einzusetzen. Um im Inneren nicht den letzten Boden zu verlieren, mußte sich auch Österreichs Kommunistische Partei von Titos Kärntner Forderungen distanzieren; dafür wurde Österreich als rückschrittliches Land für alle Zeiten abgeschrieben. Und so fort.

Rußland wünscht in seinem Raum eine von ihm kontrollierte wirtschaftliche Einheit. Voraussetzung ist verschärfter Klassenkampf. Solange aber die kommunistischen Bruderparteien einander befehlen und auf keine einheitliche Linie zu bringen sind, also Ablenkung nach außen vollkommene innere Bolschewisierung verhindert, bleibt dieses Ziel unerfüllbar. So sah Moskau in Tito bereits – ebenfalls im weiteren Sinne – den Gegenrevolutionär.

Besonders scharf äußerte sich der Interessengegensatz gegenüber Griechenland. Auch dort hatte Titos Mazedonienpolitik viel Porzellan zer schlagen. Die Griechen sind ausgesprochene Nationalisten. Jugoslawiens Liebäugeln mit Saloniki kostete Kommunisten und EAM Zehntausende potentieller Anhänger. Gerüchten zufolge sollen die Russen vergeblich versucht haben, jugoslawisches Durchmarschrecht für ihre Truppen zu erhalten zwecks militärischer Unterstützung des bedrängten Generals Markos. Falls diese Nachricht aus der Luft gegriffen ist, so hat Jugoslawien mindestens keine Fleißaufgaben geleistet, um der griechischen Partisanenarmee großzügig zu helfen. Weder Tito nach Dimitroff sind an einer «Volksdemokratie Griechenland» interessiert, der Rußlands rückhaltlose Unterstützung sicher wäre. Der einen Welt – im Sinne und unter Kommando Moskaus – stehen nationalistische Tendenzen fast aller Kleinstaaten im Weg. Es ist typisch, daß sofort nach dem Jugoslawien-Konflikt Belgrad und Sofia wieder gegen-

seitige Mazedonienforderungen anmeldeten. Rußlands Politik ist heute erneut stärker auf die Weltrevolution abgestimmt und eingestellt. Daher muß es nationale Aspirationen unterdrücken. Im größeren kommunistischen Sinne haben territoriale Forderungen oft einen taktischen Wert, vor allem für die innere Propaganda, sind aber zurückzustellen, sobald internationale Nachteile daraus erwachsen.

Besonders übelgenommen wurde Tito auch seine Deutschlandlinie, die von der Moskauer abwich. Man vermutete in ihm einen Drahtzieher hinter der Warschauer Außenministerkonferenz. Marschall Tito ist an einem völlig gleichgeschalteten, dem russischen Machtbereich einverleibten Ostdeutschland desinteressiert, ja er steht der ganzen Idee feindlich gegenüber. Im Konkurrenzkampf der Mächte befürchtet er, daß die Russen den 20 Millionen Deutschen ihrer Sphäre Zugeständnisse machen könnten, die auf das Verlustkonto Polens und der Tschechoslowakei, also zweier slawischer Staaten, kämen. Ihm liegt aber an einem starken Slawentum in Ost- und Südosteuropa. Konsequenterweise stand er auch dem Berliner Abenteuer ablehnend gegenüber. Seine Warnung lautete, der Osten könne in diesem Augenblick keine Kraftprobe riskieren. Dabei ist es noch nicht sehr lange her, seit durch sein gefährliches Triester September-Experiment – vertragswidriger Einmarschbefehl in Stadt und Hafen, den dann die Energie der Amerikaner verhinderte – beinahe ein erster verhängnisvoller Schuß gefallen wäre. *Borbà*, das kommunistische Zentralorgan Jugoslawiens, brachte über die Berliner Ereignisse Berichte ohne den erwarteten Enthusiasmus.

All das trug dazu bei, Moskaus Stimmungsbarometer zum Sinken zu bringen. Den Nullpunkt erreichte es jedoch durch Titos Beharren auf einer *Balkanföderation* oder mindestens dem jugoslawisch-bulgarischen Zusammenschluß unter Angliederung des kleinen Albaniens. (Belgrad-Sofioter Geheimabkommen über die Union und eine endgültige Liquidierung der Mazedonienfrage sind inzwischen enthüllt worden.) An dieser Klippe war bereits Georgi Dimitroff gescheitert, also ein Mann, der als ehemaliger Komintern-Generalsekretär nicht zu den oberen Zehntausend, sondern zu den oberen Zehn gehörte. Die «*Prawda*»-Warnung im Januar 1948 genügte, um ihn sofort zum öffentlichen Nachgeben zu veranlassen. Kartenhausgleich stürzte sein 90-Millionen-Reich aus den Balkan- und Donaustaaten, das auch Polen und die Tschechoslowakei miteinschließen sollte, zusammen. Während des zweiten Vaterlandsfrontkongresses zitierte Ministerpräsident Dimitroff den «*Prawda*»-Dämpfer und fügte hinzu, er sei eine rechtzeitige und wertvolle Warnung gegen unnötige Verblendungen gewesen, die sich zum Schaden der Volksdemokratien ausgewirkt hätten. Papst und Kreml lieben derartige

selbstanklagende Zitate und nehmen die reuigen Sünder wieder mit offenen Armen auf.

Der Partisan Tito aber ist aus anderem Holz geschnitzt. Selbst in offiziellen jugoslawischen Volksfrontproklamationen las man weiter die Forderung nach einer jugoslawisch-bulgarischen Union, hinter der mit Recht weitergehende Wünsche vermutet wurden. Noch am 5. Juni 1948 erklärte Dimitroff einem «*United-Preß*»-Vertreter: «Das bulgarische und das jugoslawische Volk bereiten durch jeden ihrer Schritte auf dem Wege der brüderlichen Zusammenarbeit das Bündnis der beiden Volksrepubliken vor... dieses historisch und praktisch notwendige Bündnis...»

In Moskau horchte man auf. War der reumütige Dimitroff der übrigens jener entscheidenden Bukarester Tagung, die auf Tito den Bannfluch schleuderte, nicht beiwohnte, schon wieder halb gewonnen? Bereitete sich da im stillen eine neue Großmacht vor als Barriere auf Rußlands Weg nach dem Südwesten? Moskau will die einzige Sonne der kommunistischen Welt sein. Durch gegenseitige Handelsverträge bindet es die einzelnen Glieder der Kette aneinander und darüber hinaus an das größere System der sowjetischen Wirtschaftsplanung. Regionale Zusammenschließung im Titosinn betrachten die Russen mit äußerstem Mißtrauen. Die Sowjetunion sieht sich tragischen Tatsachen gegenüber. Während Washington seinen Verbündeten geben kann, um wahrscheinlich später mehr zu nehmen, muß die kriegszerstörte Räterepublik schon heute nehmen – bei minimalen Gegenaben. Daraus ergibt sich ein zwangsläufiger Druck. Tschechoslowakei und Jugoslawien hätten sich dem Marshall-Plan gern angeschlossen. Letzteres operierte mit der These, daß ja auch die UNRRA-Hilfe, die sehr viel zum Wiederaufbau des Landes beitrug, ohne politische Bedingungen und Gegenleistungen erfolgt war. Beide gaben aber nach und gehorchten den Moskauer Befehlen. Darin drückt sich die leider naturgegebene Abhängigkeit des Kleinen vom Großen aus. (Nicht nur im Osten.) Ob ein größeres Staatengebilde mit realeren Machtgrundlagen gleich gehorsam sein oder ob es, ehrliche kommunistische Grundanschauungen vorausgesetzt, wirtschaftlichen Nöten und Erfordernissen dennoch den Vorrang geben würde, diese Probe wünscht der Kreml anscheinend nicht aufs Exempel zu machen. Tito, nach Stalin der populärste Marschall des Ostraumes, begann jedoch das Idol vieler kleiner Völker zu werden. Bei seinen verschiedenen ausländischen Staatsbesuchen übertrafen Jubel und Ovationen das vorbestellte Programm. So mußte rasch und hart zugeschlagen werden, um die Schöpfung eines Balkan-Stalins zu verhindern. *Politisch* ist es geglückt. Aus dem Helden und Vorbild von gestern stempelten willfährige kommunistische Politiker einen

Abtrünnigen und Trotzkiten. *Psychologisch* schlug man daneben. Vor Gottwald, einem Hauptgegner des jugoslawischen Marschalls, produzierten sich beim Prager Sokolfest Mitglieder der Marine Jugoslawiens. Aus ihren Leibern formten sie das Wort «Tito». Frenetischer viertelstündiger Beifall belohnte sie. Die jugoslawischen Gymnastiker mußten ihre Darbietungen wiederholen. Auch sonst kam es sowohl in Prag wie in Sofia zu offenen Pro-Tito-Kundgebungen. In dieser Sphäre jahrhundertelanger nationaler Unterdrückung gewinnen die Davids immer sehr rasch an Sympathien selbst bei solchen Bevölkerungsteilen, die sie vorher aus parteipolitischen, wirtschaftlichen oder humanitären Erwägungen ablehnten.

Am Rande dieser außenpolitischen Betrachtung liegen noch einige Ereignisse, die durch die inzwischen veröffentlichte Korrespondenz zwischen Belgrad und Moskau und illegale russische Pamphlete für Jugoslawien teilweise erhellt wurden. Die Jugoslawen, damals noch Treueste unter den Treuen, waren damit geehrt worden, daß in Belgrad sowohl das Pan-slawistische Komitee wie das Kominform ihren Sitz nahmen. Beide empfing Tito zunächst mit Begeisterung. Belgrads schönstes Hochhaus wurde ihnen zur Verfügung gestellt. Langsam aber wuchsen die Ansprüche der Gäste, deren Zahl durch immer größer werdende Stäbe und Komitees über Erwarten answoll. Ihnen mußten Wohnungen freigemacht werden. So brachte die Kominforminvasion viel Mißstimmung, die sich auch im Volke widerspiegelte. Ähnlich lag die Frage der Militärexperten. Immer wieder deutete Tito darauf hin, daß man einen Teil dieser russischen Fachleute nicht mehr brauche. Ein Netz aus Spionage und Gegenspionage durchzog das Land. Moskau warf den Jugoslawen vor, daß sie über das Kominform und andere Institutionen keine ausreichenden Berichte, Listen unzuverlässiger Persönlichkeiten usw. lieferten. Belgrad wiederum vermutete einen eigenen MVD-Apparat größten Maßstabes in Jugoslawien¹. Aus ihrer jugoslawischen Konkurrenz OZNA hat Innenminister Ranković die vielleicht beste Geheimpolizei der Welt gemacht, Ja, sie soll das Moskauer Vorbild bereits übertreffen. OZNA nun beschattete nach Moskau, von Belgrad heftig widersprochenen Anschuldigungen sogar prominenteste Russen, wie Yudin, den Kominform-Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands, General Alexander Bunderow und Oberst Valentin Motschalow (Chef des Stabes), beides bereits erprobte Komintern-Führer. Wenn den Jugoslawen in Bukarest ein «türkisches Terrorsystem» vorgeworfen wurde, dann bezieht sich das auf die OZNA. Normalerweise wäre sie als Muster der Zuverlässigkeit gepriesen

¹ MVD (früher NKVD) Geheimpolizei des sowjetrussischen Innenministeriums.

worden. Gewisse Kompetenzüberschreitungen führten dann jedoch zur gegenteiligen Bewertung.

Selbst auf rein militärischem Gebiet ergaben sich Unstimmigkeiten. Rußland wünscht gemeinsame Richtlinien in der Verteidigung, Tito stellte sich jedoch in kürzlichen Gesprächen mit Marschall Tolbuchin gegen das Übergewicht der Infanterie zugunsten der Artillerie und Luftwaffe. Einem noch so genialen Strategen des Partisanenkrieges erlauben die Sieger in Europa kein solches Urteil. Mit Ironie wird die jugoslawische These der Erfindung einer neuen Kriegsführung widerlegt. Man wirft den Jugoslawen vor, ihre überbetonten militärischen Erfolge hätten sie Größenwahnsinnig gemacht. Tatsächlich bilden sie ja schon aus Mangel an sonstiger revolutionärer Tradition das Kernstück jeder öffentlichen Rede und Polemik. Rußlands Hilfe in der Endphase des Krieges hat die Jugoslawen aus einer schwierigen Situation gerettet. Im großen und ganzen aber befreiten sie sich selbst und banden vierzehn deutsche und vier Quislingdivisionen. Darauf beruht auch ihre Propaganda. Praktisch ist die Partisanenarmee nicht von den Russen, vielmehr (mit Einverständnis Rußlands) von den Engländern unterstützt und bewaffnet worden. Zwei Monate dauerte es, bis Tito seine eigenen Leute von der Notwendigkeit dieses Bündnisses überzeugt hatte. Dann aber verstand er es, ein freundschaftliches Verhältnis zu den englischen Verbindungsoffizieren herzustellen. Sie bewunderten seine sachliche Art, Probleme zu erörtern, und wurden vom Charme dieses Mannes, der Gastfreundschaft und gutes Leben schätzt, bezwungen. Rußlands Rolle als Befreiungsmacht war in Jugoslawien also keine so hervorstechende wie in andern Teilen Europas. Daß sich später eine kommunistische Volksrepublik ohne die Sowjetmacht im Hintergrund nicht hätte bilden können, ist genau so unumstritten. Tito glaubte jedoch wahrscheinlich, es sei Dank genug, an der gemeinsamen, sogenannten anti-imperialistischen Linie festzuhalten, während die Russen mehr von ihm erwarteten.

Als höchsten Grad der Undankbarkeit betrachteten die Russen Vizepremier Kardeljs Gegenüberstellung des Verhaltens russischer und englischer Offiziere mit einem günstigen Resultat für letztere. Aufmerksamere Beobachter kennen den tieferen Sinn eines solchen Urteils. Es entspringt einer nahezu asketischen Lebensführung der jugoslawischen Partisanen während des Befreiungskrieges.

II.

Haben wir bisher die *tatsächlichen* Motive des Konfliktes analysiert, so wenden wir uns nunmehr den *vorgeschobenen* zu. Sie sollen vor allem

nach innen wirken und das Fundament der Titoschen Macht erschüttern. In ihrer Bedeutung sind jedoch auch diese Vorwürfe viel weitergehend, weil sie von den übrigen kommunistischen Parteien als Richtlinien betrachtet und dadurch vielleicht sogar überraschende Nachwirkungen haben werden.

Etwas verwirrend ist es, daß man Tito einerseits vorwirft, ein zu überstürzter – und andererseits ein zu saumseliger Sozialist zu sein. Seit seinem Machtantritt hatte er mit dem Abdrosseln der Privatwirtschaft begonnen. Beim Verkünden des Fünfjahresplanes wurde ausdrücklich nochmals festgestellt, daß sich die föderalistische Volksrepublik Jugoslawien auf diesen Sektor nicht stütze, vielmehr auf den staatlichen und genossenschaftlichen, der praktisch auch staatlich ist. Schon die Verfassung stellt in Art. 18 fest, daß Privateigentum beschränkt oder enteignet und einzelne Wirtschaftszweige oder Unternehmungen durch Gesetz nationalisiert werden können, wenn es das allgemeine Interesse erfordert. In Jugoslawien sind solche Enteignungen und Nationalisierungen weit über allgemeine Produktionsmittel, Kartelle, Syndikate, Trusts usw., deren Verstaatlichung eo ipso erfolgt ist, durchgeführt worden. Ja, zu einer Zeit, als beispielsweise in Rumänien noch die Privatwirtschaft blühte, wies die kommunistische Welt nach Jugoslawien, wenn sie ein Musterbeispiel suchte. Einzelne Stimmen behaupteten, der Sozialismus befände sich dort bereits in einem fortgeschritteneren Stadium als selbst in Sowjetrußland.

Vor etwa einem halben Jahr hat Jugoslawien, wie seine Rechtfertigungsschriften behaupten, nach vorheriger Konsultierung Rußlands, auch Handel und Gewerbe *auf dem Dorfe* verstaatlicht und eine hohe Getreidesteuer eingeführt. Diese Maßnahmen seien, so behaupteten die acht anklagenden kommunistischen Parteien, überstürzt und schädlich gewesen. Sehr geschickt wird damit eine Propaganda in den heute noch kapitalistischen Staaten verbunden; der Kommunismus sei gar nicht so böse, und er wolle Kleinhandel und Kleingewerbe nicht ausrotten. Praktisch beweist Rußlands Beispiel das Gegenteil. Im übrigen hat die Sowjetunion bei ihrer Umstellung von der privaten zur staatlichen Wirtschaft selbst mehrere Experimente gemacht, die empfindliche Rückschläge nach sich zogen. Solche Experimente und Rückschläge gehören zu jeder sozialen und ökonomischen Revolution. In Jugoslawien wurde das Bürgertum bis auf letzte, äußere Zeichen vernichtet. Es ist daher lächerlich, wenn man Tito Großbourgeoisie-Strömungen innerhalb seiner Volksfront vorwirft. Eine Großbourgeoisie existiert erst recht nicht mehr.

Hingegen ist eine unabhängige Bauernschaft noch durchaus vorhanden. Ihr gehören 90 Prozent des Bodens. Eben deswegen machte man aus Tito

den saumseligen Sozialisten, der die Sache des Kommunismus verrate. Kommunistische Revolution kann laut Dogma nur eine proletarische sein. Lenin drückte das folgendermaßen aus: «Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die der städtischen und Industriearbeiter überhaupt, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten im Kampf für die Behauptung und Festigung des Sieges bei der Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung und im gesamten Kampf für die völlige Abschaffung der Klassen zu führen.»

Demnach dürfen Werktätige, zu denen man gemeinhin auch Bauern rechnet, zwar Verbündete der Arbeiter sein, aber keinesfalls Grundlagen des Sozialismus bilden. Ihre privilegierte Stellung in Jugoslawien widerspricht den leninistischen Grundlehren. Solange der Bauer alten Schlages fortlebt, besteht – ihnen zufolge – der Klassenkampf weiter, ist die kapitalistische Wirtschaft noch nicht beseitigt und folglich der Sozialismus von Gefahren bedroht.

Zujovič und Hebrang sind, laut Kominform, wegen ihrer Russenfreundschaft ausgebootet und verhaftet worden. Selbst letzterer betonte jedoch – gleich Tito – bei Verkündung des Fünfjahresplanes: «Der Fünfjahresplan gibt uns ein ausgearbeitetes Programm zur Hebung der Landwirtschaft aus ihrer Rückständigkeit an die Hand, ohne daß er das Privateigentum des Bauern am Boden berührt.»

Mosche Pijade, Titos enger Mitarbeiter, rechnete der Arbeiterschaft vor, sie habe nicht entscheidenden Anteil am Befreiungskampf gehabt und sei daraufhin auch nicht berechtigt, die Führung des neuen Jugoslawiens zu beanspruchen. Auf der andern Seite herrscht geringer Gewerkschaftseinfluß. Ja, die Gewerkschaften wurden ersucht, außerhalb der Volksfront, deren Bestandteil sie sind, keine Kundgebungen zu veranstalten.

Selbst nach der Kominform-Anklage denkt Belgrad nicht daran, Rußlands Oktoberbeispiel zu folgen und den Boden zu nationalisieren. Auch hierbei handelt es sich um eine zwangsläufige historische Entwicklung. Heute noch, bei fortschreitender Industrialisierung, besteht Jugoslawien zu 70 Prozent aus Bauern. Das rückständige zaristische Rußland besaß immerhin ein erwähnenswertes Industrieproletariat, das bei der Revolution 1905 bereits eine Rolle spielte. In Bulgarien trugen die großen Streiks und die Septembererhebung des Jahres 1923 einen proletarischen Stempel. Jugoslawiens Freiheitsbewegungen auf nationalem und sozialem Gebiet waren hingegen Bauernbewegungen. Schon vor der Kriegsphase kannte Bulgarien zwei Idole: Stambulisky, den Bauern, und Dimitroff, den Arbeiter. Kroatien hatte einen Radič und einen Maček, beides Bauernführer. Das ist mehr als

symptomatisch. Bei der Begründung der Befreiungsarmee trug Jugoslawiens Kommunismus die Fahne voran. Seine schwere Aufgabe war es, die seit Generationen vernachlässigten und darum nationalen Fragen gegenüber lethargischen Mazedonier und die Kroaten, denen jetzt unter Pavelić propagandistisch recht geschickt Selbständigkeit vorgegaukelt wurde, zu gewinnen. Vor allem aber brauchten sie, wenn aus kleinen Partisanentrüppchen eine große Armee und aus einer Parteierhebung eine nationale Front werden sollte, den Bauern. Nicht *mit* ihm bekämpfte und schlug man die Achse, sondern *er* kämpfte und schlug sie. Das ist die Vorgeschichte der Volksfront.

III.

Heute heißt der Kampf: *Fünffjahresplan*. Er soll aus dem rückschrittlichen Jugoslawien ein industrialisiertes, progressives Land machen. Die moderne Straße Belgrad–Zagreb hat schon so etwas wie ein Gesicht. Selbst in kleinsten Flecken dieses kriegsverwüsteten Landes werden neue Häuser, Fabriken, Gemeindebauten, Versammlungshallen, Schulen und Hospitäler gebaut. Überall sind Eisenbahnlinien im Entstehen. Ein mitreißender Elan führt zu freiwilligen Arbeitsleistungen, die buchstäblich freiwillig sind. Wer nicht mittut, den erwarten keine Repressalien. Man sieht jedoch auf ihn etwa so herab wie während des Krieges in England auf Pazifisten. Der Fünffjahresplan, der 1951 erfüllt sein soll, ist mehr als ehrgeizig. Er will innerhalb dieser Frist 170 000 neue Industriearbeiter einstellen, also doppelt soviel, als Jugoslawien heute besitzt. Dazu kommen 60 000 Fachleute mit Mittelschulbildung, das heißt siebenmal mehr, und 20 000 zuzügliche akademisch gebildete Experten. (Gegenüberstellende Statistiken verschweigen diskret die genaue gegenwärtige Ziffer.) Geplant ist fünffache Produktion des staatlichen Wirtschaftssektors. Eine vergleichende Aufstellung der Produktionsergebnisse des Jahres 1939 und des Jahres 1951 (nach Plan) belehren am besten über den Umfang.

	Kohle und Koks	Erdöl	Stahl	Elektr. Energie
1939	6 068 000 t	1 000 t	235 000 t	1,10 Milliarden kWh
1951	16 500 000 t	450 000 t	760 000 t	4,35 Milliarden kWh

Tito weiß genau, daß er auch den Kampf um Industrialisierung und Elektrifizierung ohne den Bauern nicht gewinnen kann. Vor dem Kriege führte Jugoslawien Getreide, Rindvieh, Schweine, Fleisch und Früchte aus, zum Nachteil der Bevölkerung in den Hungergebieten. Heute sind Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion doppelt notwendig. Nur satte

Industriearbeiter werden Höchstleistungen vollbringen können, nur satte Erwachsene noch einmal die Last gründlicher Schulung willig ertragen. Darüber hinaus kann man mit überschüssigen Lebensmitteln die notwendigen Maschinen kaufen. Im vergangenen Jahre präsentierten sie immer noch 34 Prozent des Exportes.

Gegenwärtig kann zur Modernisierung der Landwirtschaft nur ein Siebentel der Summe ausgeworfen werden, die die Industrie zu ihrer Erschließung erhält. Der Bauer wird ein späterer Nutznießer sein. Erst aber sollen die Maschinen und Chemikalien geschaffen werden, die er braucht. So sind gegenwärtig in Jugoslawien nicht einmal die technischen Voraussetzungen zu einer Landrevolution vorhanden. Man ermutigt genossenschaftliche Zusammenschlüsse, zu deren höheren Form (im Arbeitssinn) sich jedoch bisher nur 5 Prozent entschlossen. Niemand aber tastet den Privatbesitz des Bodens an, niemand reizt den am Privateigentum hängenden Bauern. Es werden im Gegenteil günstige Verkaufs- und Eintauschmöglichkeiten für seine Produkte geschaffen und an Elendsgebiete, die sich nicht selbst ernähren können, 800 000 Rationskarten ausgegeben.

Unzufriedene Bauern würden Titos Fünfjahresplan zerreißen. So läßt er sich lieber das «Verbrechen» Bucharinscher Prinzipien («Rechtsabweichungen») vorwerfen (allmählicher und friedlicher Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft).

Gewarnt durch das jugoslawische Beispiel, zieht man in den übrigen kommunistischen Ländern die scharfe Klassenkampftheorie vor. Weitgehende Kollektivierungen, die auch in Rußland zu schweren Krisen führten, bereiten sich dort vor, wo man noch vor kurzem nach der Landreform Boden als ewigen Besitz verteilte. Von den Bauern wird das mit eingeschränkten Lieferungen beantwortet. In nichtkommunistischen Staaten macht sich kommunistischerseits gerade wegen dieses Punktes hochgradige Nervosität bemerkbar. So zitieren die österreichischen Kommunisten, die einige Literatur über das Problem Tito herausgaben, milde Aussprüche bolschewistischer russischer Größen während Perioden taktisch notwendigen Nachgebens, denen dann bekanntlich die totale Kollektivierung folgte. Die Zukunft wird lehren, ob Titos Idee eines Auffangens bäuerlicher Freiheitsprogramme die bessere gewesen ist.

Aufs schärfste wirft man ihm vor, die Kommunistische Partei Jugoslawiens habe ihr Gesicht verloren und sei, statt den Klassenkampf zu suchen, gleich allen andern Parteien in der Volksfront aufgegangen. Formal betrachtet, liegt hierin einige Berechtigung. Man fand tatsächlich kaum noch eigene kommunistische Parteibüros. In seiner großen programmatischen

Rede beim zweiten Kongreß der Volksfront erklärte Marschall Tito wörtlich:

«Besitzt die Kommunistische Partei außerhalb der Volksfront irgend-
ein anderes Programm? Nein! Die Kommunistische Partei hat kein
anderes Programm. Das Programm der Volksfront ist auch ihr Pro-
gramm.»

Diese Volksfront wurde ohne Traditionen aus dem Erlebnis des Be-
freiungskrieges geboren. Unter sieben Millionen Mitgliedern befinden sich
zwischen 400 000 und 500 000 Kommunisten. Nur 4000 gehören zur alten
Garde, da die weiteren 11 000 im Kampf gegen die verschiedenen Be-
setzungsmächte gefallen sind.

Zweifellos bilden die Kommunisten den Kern der Volksfront und ihrer
Führerschicht, genau wie aus diesen Reihen praktisch alle Armeeoffiziere
und 70 Prozent der stehenden Truppen kommen. Auch sie leben eben
mangels anderer Traditionen vom Fronterlebnis. Daraus erklären sich die
höhnenden Worte kommunistischer Führer Jugoslawiens über ihre Kollegen
aus andern Ländern, die entweder ins Ausland gegangen seien oder sich
feige versteckt hätten. Den benachbarten Bulgaren wurde sogar Feigheit
nachgesagt. Jugoslawien hat auf bulgarische Reparationen verzichtet und
bei eigenen Lebensmittelschwierigkeiten bedrängten Nachbarn ausgeholfen.
Das geschah aber mit jener schon früher analysierten Überheblichkeit, die
sich heute nur noch Großmächte erlauben dürfen. Dennoch halte ich
Albaniens Unterstellung, Jugoslawien hätte dort Kolonialpolitik getrieben,
für rein demagogisch.

Volksfronten spielen in der internationalen kommunistischen Taktik eine
sehr große Rolle. Zeitweise wird die Partei dazu ermutigt, in ihnen mehr
oder weniger unterzutauchen; zeitweise zieht man sich zurück und diskredi-
tiert die eben noch gelobten Masseninstrumente zu reaktionär gewordenen
Abtrünnigen.

Außerhalb Jugoslawiens blieben gewisse Parteigruppierungen aufrecht-
erhalten. In den Volksfronten befinden sich also mehrere Parteien, darunter
neuerdings die geeinte Arbeiterpartei. In Rumänien und Bulgarien wählte
man sogar auf der Volksfrontliste gleichzeitig die eigene Partei (wobei
Dimitroff als höheres Zukunftsziel allerdings die Einheitspartei erklärt).
Jugoslawien schlägt eine andere Linie ein. Nach außen tritt als einzige
Organisation die Volksfront hervor. Daß sie von Kommunisten geführt und
beherrscht wird, steht außer Frage. Auch hier dürfte der Gedanke eines
langsamen Überganges der gesamten Nation zum Kommunismus Triebfeder
sein. In § 1 der Volksfrontstatuten heißt es: «Die Volksfront Jugoslawiens

ist die entscheidende politische Kraft.» Das widerspricht der Doktrin. Ihr zufolge kann es bei der Staatsneuwerdung und im Kampf um Sozialismus nur eine entscheidende Kraft geben – die Kommunistische Partei.

Jugoslawiens *undogmatischer*, den Verhältnissen des Landes angepaßter *Kommunismus* ist also abgeurteilt worden. In Bukarest trat der kommunistische Totalitätsanspruch erneut nackt zutage. Kurz darauf ging Italiens Linksfront zugrunde. Jene sozialdemokratischen Parteien, die einen gleichberechtigten Zusammenschluß mit den Kommunisten ablehnten, werden sich heute doppelt gerechtfertigt fühlen, wo das Ziel kalter Majorisierung noch deutlicher außer Frage steht.

Man hat die Kommunistische Partei Jugoslawiens auch undemokratischer Methoden verdächtigt. Sie hätte niemals die Namen des Generalsekretärs und der Mitglieder des Politbüros veröffentlicht, hingegen Diskussionen und Kritik abgewürgt. Ja, jederlei Kritik wäre mit Terror beantwortet worden.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens ist unter besondern Umständen, das heißt in Illegalität und Krieg groß geworden und noch nicht recht aus den Kinderschuhen heraus. Diskussionen von unten her wurden tatsächlich mehr abgewürgt als anderswo, und es gab wohl häufiger ernannte als gewählte Führer.

Eifrige Propaganda der Kommunistischen Parteien außerhalb Jugoslawiens versucht aber, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. Sie verkündet, daß jede Kritik erlaubt und erwünscht sei – bis zu den Parteien der andern Länder und höchsten Funktionären. Das ist Nonsense. Es gibt keine Kritik an Stalin und von unten her an Molotow. Wohl darf die allmächtige Kommunistische Partei Rußlands jede andere kritisch betrachten. Umgekehrt ist es jedoch nur erlaubt, sie zu preisen. Große Teile des Kommunismus außerhalb Rußlands hatten die Ribbentrop-Politik Moskaus und die Herabwürdigung des Völkerringens gegen Hitler zum imperialistischen Krieg nicht gebilligt. Dennoch blieb nun jede offene Kritik aus und die Moskauer Unfehlbarkeit erhalten.

Tito hat die giftige Bukarester Sprache mit harten Schlägen beantwortet. In seinen Worten war er genau so wenig wählerisch wie die andere Seite. So spitzte sich der Konflikt weiter zu. Wirtschaftlicher Boykott der Nachbarn nimmt schärfere Formen an. Der Marschall aber beharrt auf Erfüllung seines Fünfjahresplanes. Wenn Albanien das Erdöl weiter zurückhält, wird er es eben aus England beziehen müssen. Auch Amerika, das ihn früher als so etwas wie einen Massenmörder darstellte, winkt verführerisch. Die Freigabe der 50 Millionen Golddollar – nach mehrjährigem Zögern – ist eine immerhin freundliche Visitenkarte.

Natürlich hat Tito, an dessen kommunistischer Einstellung kein Zweifel gehegt werden kann, Hemmungen, sich auch nur wirtschaftlich auf den Westen festzulegen, dessen am alten Jugoslawien geübte imperialistische Ausbeutungsmethoden er immer wieder als Hauptursache der allgemeinen Armut geißelte. Er ist heute populärer denn je. Die Rufe «Tito, unser Held» sind lebendiger Ausdruck des nationalen Empfindens geworden. Ob sich diese Stimmung halten würde, wenn es zu deutlichen Festlegungen auf den vielfach verhaßten Westen käme, darüber ist eine Voraussage nur schwer möglich, schon deswegen, weil man noch nicht weiß, was Rußland und das Kominform als nächste Schritte vorhaben.

Wer das Problem aus der größeren Perspektive sieht, darf auch eines nicht außer acht lassen. Die Balkanstaaten besitzen einen natürlichen und historisch bedingten Drang zur Freiheit und Selbständigkeit. Bisher sagten sie sich immer von Protektoren und Bedrückern los: Belgrad von Wien und Sofia von St. Petersburg. In Rumänien wehren sich starke Kräfte gegen eine Umgestaltung zur Sowjetrepublik. All diese Nationen sehen aber nur *eine*, mindestens ebenso gefürchtete Alternative: Amerika, dem mißtraut wird. Auch Belgrader Mißstimmungen ergeben sich aus diesem Konflikt. Man fürchtet plötzlich, zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

So ist es in diesem Augenblick und vielleicht im Interesse des Weltfriedens doppelt zu bedauern, daß zwischen Amerika und Rußland, zwischen der kapitalistischen und der bolschewistischen Welt, nicht eine *dritte Kraft* steht. Englische Abgeordnete, die aus ihrem Lande eine solche dritte Kraft gestalten wollten, wurden oft als Phantasten belächelt. Vielleicht waren sie die Realisten des Jahrhunderts.

Kleine Ausland-Nachrichten

Erfolgreicher Wohnungsbau in England

Noch vor zwei Jahren ist der Labourregierung von konservativer Seite in heftigen *Leitartikeln* vorgeworfen worden, daß sie die Wohnungsnot nicht energisch bekämpfe.

Nun wird amtlich bekanntgegeben, daß allein im Laufe des Monats Juni 1948 nicht weniger als 21 000 Einfamilienhäuser fertiggestellt worden sind. An jedem Werktag der englischen Fünftagewoche nehmen mehr als tausend Familien ein neues Heim in Besitz, was eine nie dagewesene Rekordzahl darstellt.

Diese Nachricht brachten die konservativen britischen Blätter entweder gar nicht oder an sehr unauffälliger Stelle als *Notiz* von drei bis höchstens fünfzehn Zeilen.

Sinkende Kindersterblichkeit in England

Der Index der Kindersterblichkeit in England weist eine beachtenswerte sinkende Tendenz auf. Er betrug 1934 61,92, 1940 56,7, 1947 42,85.